

Politik für Frieden und Kooperation statt Aufrüstung und Konfrontation! Gegen einen neuen Kalten Krieg!



Die Spannungen zwischen NATO und Russland haben in den letzten Wochen gefährlich zugenommen. Gleichzeitig wird auch der Kurs der westlichen Staaten gegenüber China immer schärfer.

Ein neuer Kalter Krieg gegen die beiden stärksten Rivalen der westlichen Mächte ist in vollem Gange und Deutschland spielt dabei

weiterhin eine führende Rolle. Die neue Bundesregierung droht die konfrontative Politik sogar noch zu verschärfen.

Der Koalitionsvertrag sieht auch weiterhin massive Aufrüstung, u.a. auch mit Kampf-drohnen, Teilhabe an Atomwaffen und Beteiligung an der NATO-Kriegspolitik vor.

Jüngste Nato-Manöver vor Russland (eine Auswahl)

- 13.11. Beginn eines Manövers der USA und weiterer Nato-Staaten im Schwarzen Meer gemeinsam mit der Ukraine
- 17.9. Start eines Militärmanövers von ukrainischen und NATO-Truppen in der Ukraine
- 26.7. Beginn von NATO-Militärübungen in Georgien unter Beteiligung ukrainischer Seestreitkräfte
- 28.6. Nato und Ukraine starten vor Odessa Großmanöver mit 5.000 Soldaten aus 32 Ländern, mit 32 Schiffen und 40 Kampfflugzeugen.
Kurz zuvor drang das britische Kriegsschiff „HMS Defender“ vor der Krim in russische Hoheitsgewässer ein. Die russische Armee reagierte mit Warnschüssen und -bomben
- 1.5.-14.6. Großmanöver „Defender 2021“ mit 28.000 Soldaten aus 26 Nationen, schwerpunktmäßig in Südosteuropa und Schwarzmeerregion.
- 20.4. NATO-Luftwaffen starten gemeinsames Manöver im Baltikum – nahe russischem Territorium

Wir fordern die neue Bundesregierung auf auch das Sicherheitsbedürfnis Russlands anzuerkennen. Schließlich ist nicht Russland nach Westen vorgedrungen, sondern die NATO nach Osten – entgegen der Zusagen gegenüber dem sowjetischen Präsidenten Gorbatschow. Grenznahe Militärmanöver sowie Waffenlieferungen an die Ukraine müssen unverzüglich gestoppt werden.

„Ampel-Koalition“: Abrüstung und Entspannung Fehlanzeige

- Die Auslandseinsätze der Bundeswehr werden fortgesetzt – Lehren aus dem verheerenden Krieg gegen Afghanistan werden nicht gezogen.
- Zur Erfüllung der „NATO-Fähigkeitsziele“ wird weiter aufgerüstet, der bereits auf über 50 Mrd. Euro angestiegene Militäretat wird weiter in Richtung 2% des BIP steigen.
- Deutschland wird nicht dem Atomwaffenverbotsvertrag beitreten
- Atomwaffen werden in Deutschland weiterhin einsatzbereit gelagert
- die „atomare Teilhabe“ bleibt Teil der offensiven Kriegsführungsstrategie und für ca. 8 Mrd. Euro werden neue atomwaffenfähige Kampfjets gekauft.
- Zur Ausweitung der offensiven militärischen Fähigkeiten wurde die Anschaffung bewaffneter Kampfdrohnen beschlossen
- sowie das Vorantreiben des neuen Luftangriffssystem FCAS aus Kampfjets und Drohnenschwärmen, das in den kommenden Jahren zig Milliarden Euro verschlingen wird
- Auch Rüstungsexporten wird kein klarer Riegel vorgeschoben.

Wir fordern von der neuen Regierung eine Politik, die auf Entspannung und Abrüstung setzt.

Statt Lippenbekenntnisse gegen nukleare Waffen verlangen wir den unverzüglichen Beitritt Deutschlands zum Atomwaffenverbotsvertrag.

Die Militärausgaben müssen drastisch reduziert werden, zugunsten von Investitionen in Soziales, Gesundheit, Bildung, Klima- und Katastrophenschutz.